

Gebäude

CO₂-Deckel für Heizöl und Erdgas wirken lassen. Synthetische Brennstoffe fördern

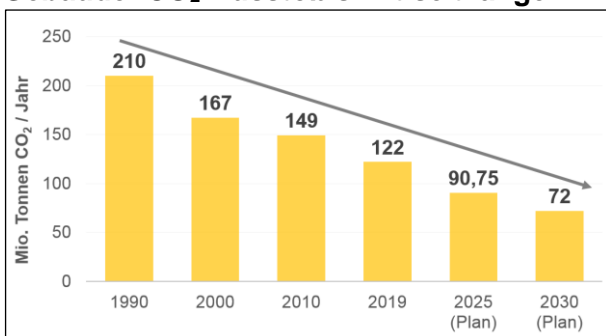
Um was geht es?

Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in Gebäuden

In Deutschland wurden insgesamt 805 Mio. Tonnen CO₂ in 2019 ausgestoßen – davon 122 Mio. Tonnen (15,2 %) im Gebäudesektor. Bis 2030 soll laut „Klimaschutzprogramm 2030“ der Ausstoß von Gebäuden auf 72 Mio. Tonnen sinken.

Dazu muss von 2020 bis 2030 der Ausstoß im Gebäudebereich um jährlich 4,55 Mio. Tonnen CO₂ sinken. Das entspricht einer Senkung um durchschnittlich 4,7 % pro Jahr.

Gebäude: CO₂-Ausstoß sinkt seit langem



Quelle: UBA 2020: Entwicklung Treibhausgasemissionen in Deutschland – Sektor Gebäude; Klimaschutzprogramm 2030

Im Zuge des Klimaschutzprogramms 2030 führt der Bund ab 2021 einen nationalen Zertifikatehandel für Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brenn- und Kraftstoffe ein. So wird der jährliche CO₂-Ausstoß in den Sektoren Wärme und Verkehr gedeckelt. Die Preise für CO₂-Zertifikate sind bis mind. 2026 staatlich fixiert: Laut Ergebnis im Vermittlungsausschuss steigen sie von 25 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2021 bis 55 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2025.

Weitere Maßnahmen sind u.a. die steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierungen und Austauschprämien für Ölheizungen. Ab 2026 soll der Einbau neuer Ölheizungen in Gebäuden, wo eine „klimafreundliche Wärmeerzeugung möglich ist“, verboten werden.

Was braucht die Wirtschaft?

Technologieoffener Rahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes

Auch im Bereich der Gebäude muss der Staat die Reduktion des Ausstoßes von CO₂ durch eine technologieoffene Rahmensetzung erreichen. Fehlanreize wie technologiespezifische Subventionen oder gar Verbote einzelner Energieträger oder Techniken sind zu vermeiden.

Was ist zu tun?

CO₂-Zertifikatehandel mit sinkendem Deckel einführen, aber ohne Fixpreise

- Staatlich fixierte CO₂-Preise abschaffen
Die im Brennstoffemissionshandelsgesetz bis mindestens 2026 festgelegten Zertifikatspreise verteuern die CO₂-Reduzierung. Sie bewirken nichts für den Klimaschutz. Ökologisch relevant ist allein die CO₂-Menge, nicht der CO₂-Preis. Der nationale Emissionshandel sollte auf Fixpreise verzichten. Zudem müssen Doppelbelastungen für ETS-Anlagen sowie Carbon Leakage wirksam verhindert werden.
- Technologieoffenheit wahren
Bürger und Betriebe sollen frei entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie ihren CO₂-Ausstoß am wirtschaftlichsten reduzieren können. Statt Ölheizungen zu verbieten sollte der Staat Forschung und Entwicklung für synthetische Brennstoffe besser unterstützen.
- In Neubauten: Standards nicht verschärfen
Das neue Gebäudeenergiegesetz sollte die bis dato geltende Energieeinsparverordnung nicht weiter verschärfen.
- In Bestandsgebäuden: Keine Einbaupflicht
Es darf keine Pflicht geben, bestimmte Techniken oder Energieträger zu nutzen.